Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 4

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

SAAT DER GEWALT

Die Schüsse, die am 5. Juni im Ambassador-Hotel in Los Angeles Senator *Robert Kennedy* tödlich verwundeten, haben zwar nicht das politische Weltbild geändert, aber sie haben eine Art politischer Selbstbesinnung nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in vielen andern Ländern eingeleitet. Zum ersten Male seit Jahren ist die Welt mit der Frage konfrontiert worden, ob *Gewalt* und *Individualterror* wieder zu Mitteln der politischen Auseinandersetzung werden. Die Frage ist um so brennender, als sich der Mord an Robert Kennedy zu einem Zeitpunkt ereignete, da die weltweite Unrast unter den *Studenten* zu explosiven Ausbrüchen geführt und vor allem in Frankreich drohend das Gespenst innerer Unruhen, ja eines Bürgerkrieges heraufbeschworen hat. Gewalt als Faktor der Politik, der Druck der Strasse an Stelle des geistigen und rhetorischen Kampfes — die Zeit liegt noch nicht lange zurück, da diese Methoden praktiziert wurden, und an den Folgen dieser Verirrungen hat die Welt noch heute zu tragen.

Der Kennedy-Mythos

Der gewaltsame Tod Robert Kennedys offenbart mit eindringlicher Deutlichkeit die Sinnlosigkeit terroristischer Aktionen gegen Einzelpersonen. Die Schüsse trafen den Senator in einem Augenblick, da seine Präsidentschaftskandidatur kaum mehr grosse Chancen hatte. Daran hatte auch der Sieg in den Primärwahlen von Kalifornien nicht viel zu ändern vermocht. Der Erfolg Kennedys war recht knapp ausgefallen — 46 Prozent gegenüber 42 seines Rivalen Eugene McCarthy —, und alles deutete darauf hin, dass ein solches Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Kritiker des Regierungskurses schliesslich dem Kandidaten des Parteiapparates, Vizepräsident *Hubert Humphrey*, auf dem Parteikonvent der Demokraten zum Siege verhelfen werde. An dieser konkreten Situation hat die Ermordung Kennedys, nüchtern gesagt, nur wenig geändert. Die Chancen Humphreys, der ohnehin an der Spitze der Anwärter stand, sind durch die gewaltsame Eliminierung Kennedys noch weiter gestiegen, und der Vizepräsident ist heute der Nomination für die Präsidentschaft so gut wie sicher.

Wichtiger als dieser kalt-sachliche Aspekt der Mordtat von Los Angeles sind die *emotionalen Bewegungen*, die diese ausgelöst hat. Der Mythos, der die Kennedy-Familie seit der Ermordung Präsident John F. Kennedys am 22. November 1963 umgibt, hat neue Nahrung erhalten. Das tragisch-düstere Geschick der Kennedys ruft nach Vergleichen mit der antiken Sage und der griechischen Tragödie. Dass dieses Charisma von einzelnen Familienmitgliedern später zu politischen Zwecken verwendet wird, steht ausser Zweifel. Robert Kennedy selber, dessen Leben so jäh und so schrecklich endete, hat das Beispiel gegeben, als er die Fackel von seinem ermordeten Bruder übernahm und sich bemühte, als *alter ego* John F. Kennedys aufzutreten, dessen unvollendet gebliebenes Programm er zu erfüllen versprach.

Gewalttätiges Amerika?

Gleichzeitig hat die Ermordung in den Vereinigten Staaten eine Welle von *Selbstanklagen* ausgelöst. Die Tat eines Einzelnen ist zum Anlass genommen worden, um über ein ganzes Volk Gericht zu halten.

Drei politische Mordtaten innerhalb von knapp fünf Jahren — John F. Kennedy, Martin Luther King, Robert F. Kennedy — haben die Nation aufgewühlt. Dass Amerika den Ursachen dieser sich häufenden Gewaltakte nachgehen will, ist verständlich und dass das Land mit sich selbst ins Reine kommen will, ebenfalls. Unbegreiflich hingegen sind jene Stimmen, die in geradezu masochistischer Weise Selbstkritik üben und 200 Millionen Menschen moralisch in Acht und Bann tun wollen, als habe Amerika nichts anderes zu bieten als Mord und Totschlag. Niemand wird die Züge der Gewalttätigkeit im amerikanischen Leben übersehen. Aber daneben existiert ein anderes Amerika, das in seiner bald zweihundertjährigen Geschichte einen Staat aufgebaut hat, der dem einzelnen Freiheiten und Rechte gewährt wie kaum ein anderes Land. Dass um diese Rechte und Freiheiten immer wieder gekämpft und gerungen werden muss, hat weniger mit der spezifischen amerikanischen Lebensform als mit dem Charakter des Menschen überhaupt zu tun.

Die amerikanischen Selbstvorwürfe sind in Europa weitherum auf zustimmendes Echo gestossen. Viele haben sie gedankenlos, viele aber auch mit leicht durchschaubaren Nebenabsichten übernommen. Es ziemt dem alten Kontinent bestimmt nicht, den Richter über die Neue Welt zu spielen. Wie gewalttätig europäische Völker sein können, haben die beiden grossen Kriege unseres Jahrhunderts zur Genüge gezeigt. Zwischen 1942 und 1944 sind in wenig mehr als zwei Jahren in Osteuropa Millionen von Juden ohne jede ersichtliche militärische Notwendigkeit umgebracht worden. In der Sowjetunion erlitten in der Epoche des Stalinismus Hunderttausende, vielleicht Millionen das gleiche Schicksal. Es geht hier nicht darum, sich gegenseitig Gewalttaten vor- und aufzurechnen. Aber ganz Amerika mit der Blutschuld der Morde von Dallas, Memphis und Los Angeles zu belasten, ist eine Ungeheuerlichkeit und böswillige Verzerrung der Tatsachen.

De Gaulles Regime wankt

Im Zeichen der Gewalt standen auch die *Mai-Ereignisse* in Frankreich. Die Studentenunruhen, zunächst auf den engeren Bereich der Hochschulen beschränkt, weiteten sich zur *Staatskrise* aus, als die grossen Arbeitnehmerorganisationen in den Protest mit einstimmten und ihre sozialen und politischen Forderungen anmeldeten. Nach der Besetzung der *Universitäten* kam es zur Besetzung der *Fabriken* und schliesslich zu einem *Generalstreik*, der während Wochen das ganze Land lähmte. Vor den Augen der Welt rollte ein erstaunlicher Film ab. Die aus den olympischen Höhen des Elysée regierte Fünfte Republik versank innerhalb weniger Tage in ein unvorstellbares Chaos. Frankreich erlebte einen *Zerfall der staatlichen Autorität*, der an die schlimmsten Tage der Dritten und der Vierten Republik erinnerte. Die Regierung, die zunächst mit hoheitsvoller Würde und Zurückhaltung das Ansteigen der anarchistischen Flut zu ignorieren versucht hatte, schien von der Bildfläche verschwunden zu sein. Die Strasse diktierte das Geschehen in Frankreich.

Am 30. Mai endlich sprach Präsident de Gaulle. Er hatte in den turbulenten Tagen zuvor dem Land ein *Referendum* in Aussicht gestellt, in dem es über seinen weiteren Weg selbst würde entscheiden können. Bald hatte es sich jedoch gezeigt, dass damit die Unruhen in keiner Weise zu besänftigen waren. Auch die grosszügigen Angebote der Regierung auf Lohnforderungen und Arbeitszeitverkürzungen waren von den Gewerkschaften abgelehnt worden, und der Generalstreik hatte sich zur politischen Demonstration gegen das gaullistische Regime ausgeweitet. De Gaulle war aber keineswegs gewillt, vor dem immer lauter werdenden Ruf nach Demission zurückzuweichen. Der General, der sich vor seiner Ansprache mit mehreren hohen Offizieren beraten hatte, berief sich auf das ihm vom Volk 1965 übertragene Mandat. Um der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, kündigte de Gaulle die Auflösung des Parlaments, die

Ausschreibung von *Neuwahlen* sowie eine Umbildung der Regierung an. Wie wenig weitgehend diese Konzessionen waren, erwies sich wenige Tage später, als er das Kabinett präsentierte, in welchem — abgesehen von der Demission einiger Leute des zweiten Gliedes — lediglich Aussenminister und Wirtschaftsminister die Plätze tauschten.

De Gaulles Rede vom 30. Mai dauerte nur fünf Minuten. Aber ihre Wirkung war erstaunlich. Fast ebenso schnell wie in den Wochen vorher die staatliche Autorität geschwunden war, zerbröckelte nun die Streikfront. Wer damit gerechnet hatte, dass die Rebellion in Frankreich einem neuen Höhepunkt zutreiben würde, sah sich getäuscht. Die Bevölkerung, der ewigen Ungewissheit müde, drängte zur *Normalität* zurück. Die politischen Parteien begannen mit der Vorbereitung des Wahlkampfes; man richtete sich darauf ein, den politischen Kampf wieder von der Strasse ins Palais Bourbon zu tragen.

Trotz der äusserlichen Beruhigung haben die Ereignisse des Mai 1968 dem gaullistischen Regime einen *schweren Schlag* versetzt. Das Prestige des Generals hat gelitten, sowohl im Ausland, das er in den letzten Jahren so oft brüskiert hatte, wie in Frankreich selbst, das ihm seine Politik der «Gloire» und der «Grandeur» mit so grosser Respektlosigkeit vergolten hatte. Ob es de Gaulle gelingen wird, den Prestigeverlust zu überwinden, wird die Zukunft zeigen.

Genocid in Afrika

Dass Gewalt nicht nur ein Mittel der Politik ist, das Weisse zu handhaben verstehen, demonstrieren die jüngsten Vorgänge in *Nigeria*. Seit mehr als einem Jahr bekämpft hier die Zentralregierung in Lagos die abtrünnige Ostregion, die unter dem Namen *Biafra* ihre Selbständigkeit proklamiert hatte. Von der Weltöffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommen, spielte sich in dem Land, das in der Vergangenheit schon oft als afrikanischer Musterstaat gepriesen worden ist, ein Krieg ab, in welchem der ganze Hass und der Vernichtungswille alter Stammesfehden entfesselt wurde. Während Monaten ist es der nigerianischen Regierung unter General *Gowon*, der vor zwei Jahren in einem Staatsstreich die Macht an sich gerissen hat, gelungen, ihren Kampf gegen Biafra und den dort herrschenden Stamm der *Ibo* hinter einem dichten Schleier gewissermassen für sich selbst zu führen. Die Unterstützung, die der nigerianischen Zentralregierung dabei sowohl von Grossbritannien wie von der Sowjetunion zuteil wurde, verschafften Lagos einen Rückhalt sowohl im Westen wie im Osten.

Die brutale Grausamkeit, in die dieser Krieg gegen Biafra schliesslich ausartete, hat nun endlich *Proteste* gegen diesen afrikanischen Völkermord laut werden lassen. Die imperialistischen und kolonialistischen Tendenzen, die sich hier abzeichnen, sind ein beredtes Beispiel dafür, wie wenig frei die jungen afrikanischen Staaten von jenen Sünden sind, die sie nicht müde werden ihren einstigen europäischen Kolonialherren vorzuwerfen. Dass sich in ganz Afrika bisher nur wenig Stimmen erhoben, um das Vorgehen Nigerias gegen Biafra anzuprangern, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie opportunistisch und vom eigenen Interesse diktiert der Feldzug gegen «Rassismus» und «koloniale Unterdrückung» ist, den viele Staaten der Dritten Welt auf ihr Panier geschrieben haben — ganz abgesehen vom Schweigen der Sowjetunion, die sonst unermüdlich alle Spuren eines angeblichen «Imperialismus» verurteilt, wenn es ihr in das politische und agitatorische Konzept passt.

Fabius

In den letzten Wochen waren die Augen der schweizerischen Öffentlichkeit vor allem nach dem westlichen Ausland gerichtet. Zwei der ältesten Demokratien werden gegenwärtig von schweren Krisen erschüttert. In den Vereinigten Staaten von Amerika hat eine Phase innen- und aussenpolitischer Enttäuschungen und Auseinandersetzungen ihren dramatischen Höhepunkt im gewaltsamen Tode von Senator Robert Kennedy erreicht. In Frankreich hat sich eine Krise der Hochschulen zu einer Krise der Fünften Republik ausgeweitet.

So verschieden Hintergrund und Ablauf der beiden Krisen auch sein mögen — im letzten sind sie jede auf ihre Art besonders drastische Symptome einer geistigen und politischen Entwicklung, die sich in fast allen freiheitlichen Ländern des Westens abgezeichnet hat. Die Verflachung der wirtschaftlichen Konjunktur hat dazu geführt, dass die Profile ungelöster und zum Teil auch vernachlässigter Probleme deutlicher hervortreten, wodurch die «Wohlstandsverdrossenheit» unserer Zeit plötzlich Kristallisationspunkte von politisch explosivem Charakter erhalten hat. In den USA ist daher der innenpolitische Dialog immer stärker in ein Klima latenter Aggressivität und Gewalttätigkeit abgeglitten. In Frankreich zeigte es sich plötzlich, dass die von der Autorität General de Gaulles getragene «Stabilität» der letzten Jahre politisch immer mehr entleert und damit künstlich geworden ist. Aus dem immer passiveren Konsens zum Regime wurde in rasch wachsendem Masse offener Widerspruch.

Schlechter Boden für Agitatoren

Vor allem die Vorgänge in Frankreich lösten hierzulande in den letzten Wochen immer wieder die bange Frage aus, ob die Welle von Agitation und Demonstration vor unseren Grenzen haltmachen werde. Es hatte sich schon früher, als die deutschen Universitäten in den Strudel studentischer Unruhen gezogen wurden, deutlich gezeigt, dass auch in unserem Lande zahlenmässig zwar kleine, aber vorzüglich organisierte Gruppen progressiver Studenten am Werke sind, um den ausländischen Vorbildern nachzueifern. Auf der Basis einer eher vagen, im ganzen vorwiegend nach extremen Linksideologien orientierten Theorie der Agitation taten sie alles, um auch hierzulande eine militante Grundwelle gegen das «Establishment», die «herrschende Klasse» zu erzeugen.

Es macht indessen den Anschein, dass die Schweiz einmal mehr so etwas wie einen Sonderfall darstellt. Zwar ist es auch hier zu Demonstrationszügen gekommen. Sie bewegten sich aber in durchwegs diszipliniertem Rahmen. Auch im Welschland, wo an einzelnen Universitäten die französischen Vorgänge besonders grossen Widerhall fanden, gelang es, die Diskussionen in geordneten Bahnen zu halten. Die Theorien der Gewalt prallten am politischen Realismus der grossen Mehrheit der Studenten ab. Der «Sonderfall» ist allerdings nicht allein auf den vielberufenen «politischen Sinn» zurückzuführen; er ist auch die Folge davon, dass das «Establishment» selbst längst vor der politischen Aktivierung der akademischen Jugend den Willen unter Beweis gestellt hat, Reformen einzuleiten und durchzuführen.

Ein Fingerzeig

Gerade auf diesem Hintergrund erweist sich im Rückblick vor allem die durch die Totalrevisionsmotionen von 1965 eingeleitete eidgenössische Bestandesaufnahme als eigentlicher Glücksfall. Wenn auch die meisten erklärten Nonkonformisten und insbesondere die «Fortschrittliche Studentenschaft» keinerlei Lust bekunden, hier konstruktiv mitzuarbeiten, so ist ihnen doch der Wind aus den Segeln genommen. In einer breiteren Öffentlichkeit will ihr lautstarkes, von revolutionären Tönen

untermaltes Wettern gegen die «bestehenden Verhältnisse» nicht recht verfangen. Auch die überwältigende Mehrheit der Studenten will bei aller Kritik an der gegenwärtigen Struktur unserer Hochschulen nichts davon wissen, die Universitätsreform mit einer Umstülpung der «bestehenden Verhältnisse» zu verbinden. Und was die Hochschulreform selbst betrifft, so werden auch die schärfsten Kritiker zugeben müssen, dass mit der eidgenössischen Hochschulvorlage und der Einführung des Schweizerischen Wissenschaftsrates bereits wesentliche Schritte für eine zeitgemässe Fortentwicklung energisch eingeleitet worden sind.

Es wäre indessen verfehlt, wollte man sich mit solchen Feststellungen begnügen und einfach zur Tagesordnung übergehen. Unsere Hochschulen *sind* in mancher Beziehung einer gründlichen Überholung bedürftig, die sich nicht in der blossen Schaffung von neuen Räumlichkeiten erschöpfen darf. Und unser Staatswesen *ist* in manchen Teilen nicht mehr ganz auf der Höhe der Zeit. Die Unruhe unter der Jugend muss für alle verantwortlichen Kreise ein Fingerzeig dafür sein, dass weite Teile der Bevölkerung für blosse reformerische Alibi-Aktionen kein Verständnis aufbringen würden. In diesem Zusammenhang verdient die speditive parlamentarische Behandlung der Hochschulvorlage, die nun auch vom Nationalrat genehmigt worden ist, anerkennend registriert zu werden.

Absage an die Gewalt

Auf der andern Seite müssen sich die militanten Köpfe unter den jugendlichen Kritikern im klaren darüber sein, dass Theorien der Gewalt nicht in unsere demokratische Landschaft passen. Daran liess auch die Vereinigte Bundesversammlung keinerlei Zweifel aufkommen, als sie in der zweiten Woche der Sommersession zum Begnadigungsgesuch des jurassischen Terroristen Jean Marie Joset Stellung zu nehmen hatte. Ein separatistischer Nationalrat schlug sich zwar für den Attentäter in die Schanze und verstieg sich dabei zu einem Vergleich mit Wilhelm Tell. Doch die überwältigende Mehrheit der Bundesversammlung schloss sich dem Standpunkt an, dass das Sündenregister Josets — Sachbeschädigung, vorsätzliche Brandstiftung, Diebstahl, Herstellung, Verbergen und Weiterschaffen von Sprengstoffen, Gefährdung durch Sprengstoffe in verbrecherischer Absicht, Schreckung der Bevölkerung sowie vollendeter Versuch der Drohung gegen Beamte — den Ausweis einer Gesinnung darstelle, die keine Nachsicht, auch nicht aus Gründen der Staatsräson, verdiene. Es waren bemerkenswerterweise welsche Parlamentarier, die in der Diskussion den separatistischen Nationalrat Wilhelm in die Schranken wiesen und klipp und klar festhielten, dass der Terror als politisches Mittel in der Schweiz keinen Platz habe.

Aussenwirtschaftliche Zwischenbilanz

Als ein Land, das wirtschaftlich aufs engste und vielfältigste mit der Umwelt verbunden und verflochten ist, hat die Schweiz allen Grund, krisenhafte Entwicklungen im Ausland auch unter ökonomischem Gesichtswinkel genau zu verfolgen. So hat die Mairebellion in Frankreich zum Beispiel die Finanzkreise unseres Landes aufs höchste interessiert, zeitweise sogar alarmiert. Die finanzpolitischen Entscheidungen der französischen Regierung, die jeden Geldverkehr mit den Ausland stark einschränkten oder doch zu verschärften Kontrollen führten, sind zwar in ihren Auswirkungen noch nicht völlig abzuschätzen. Es kann aber keinen Zweifel darüber geben, dass sie auch schweizerische Interessen berühren. Im Handelsverkehr sollten sich nach Ansicht der zuständigen Experten durch die französischen Wirren kaum nennenswerte Nachteile für unsere Export-Industrie ergeben.

Im allgemeinen ist indessen festzuhalten, dass sich unsere aussenwirtschaftlichen Beziehungen weiterhin recht günstig ent-

wickeln. Jedenfalls gewann man diesen Eindruck auf Grund der Geschäftsberichtsdebatte im Nationalrat, wo Bundesrat Schaffner Gelegenheit zu einer integrationspolitischen Zwischenbilanz erhielt. Nach den handelspolitischen Erfolgen des letzten Jahres im Rahmen der GATT-Verhandlungen (Kennedy-Runde) geht es nun darum, die Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) weiter zu verbessern. Der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements deutete an, dass gegenwärtig bilaterale Arrangements im Sinne von pragmatischen Zwischen- oder Übergangslösungen sowie eine verstärkte technologische Zusammenarbeit im Vordergrund stehen. Konkret geht es dabei in erster Linie um die Schaffung einer europäischen Präferenzzone für Industrieprodukte. So sollte es möglich sein, die verhärteten integrationspolitischen Fronten Europas mit einer Politik der kleinen Schritte zu lockern. Unserem Lande kommt dabei zustatten, dass sich die Beziehungen zur EWG im Verlaufe der GATT-Verhandlungen in bemerkenswerter Weise verbessert haben.

Verständigungslösung

Die erste Hälfte der Sommersession brachte im übrigen vor allem die definitive Entscheidung über die Reallohnerhöhung für das Bundespersonal von 7 Prozent (gegenüber 1964). Dass eine Erhöhung fällig sei, wurde von keiner Seite bestritten. Strittig war einzig der Zeitplan. Dabei hatte eine Variante, die aus Gründen der Teuerungsbekämpfung für 1969 erst eine «halbe Portion» vorsah, zum vorneherein keine Aussicht auf Erfolg. Praktisch standen sich daher nur noch die Termine 1. Juli 1968 und 1. Januar 1969 gegenüber. Der Ständerat hat sich nun für die erste Lösung entschieden, obwohl seine Kommission Streichung der bereits vom Nationalrat genehmigten Rückwirkungsklausel beantragt hatte. Bei diesem Entscheid mag der Hintergrund der Arbeiterunruhen und Streikwellen in Frankreich eine gewisse Rolle gespielt haben; man wollte nicht das Risiko sozialer Spannungen eingehen. Mehr noch aber fiel ohne Zweifel das Argument ins Gewicht, dass man an einer durch Bundesrat und Personalverbände ausgehandelten «Verständigungslösung» von seiten des Parlaments nicht mehr rütteln sollte. Das ist bei allem Verständnis für die Gegebenheiten unserer «Wirtschaftsdemokratie» ein Sachverhalt, der zu denken geben muss. Man muss sich nachgerade fragen, wofür das Parlament denn noch da ist, wenn ihm laufend nahegelegt wird, als formell oberste Entscheidungsinstanz nur noch Ja und Amen zu Kompromissen zu sagen, die anderswo kunstvoll zurechtgeschustert worden sind.

Verzögerte Bereinigung des Bodenrechts

In der drängenden Frage des Bodenrechts als der unerlässlichen Grundlage einer fortschrittlichen Landesplanung scheint sich die parlamentarische Bereinigung länger als erwartet hinauszuziehen. Zwischen dem Nationalrat und der Ständekammer waren Differenzen um die Formulierung der Bundeskompetenzen entstanden, die nun in der Junisession hätten bereinigt werden sollen. Praktisch handelt es sich um einen Streit mit Begriffen wie «Besiedlung», wobei sich daran die klassischen Gegensätze von «Föderalisten» und «Zentralisten» zu entflammen scheinen. Bei allem Verständnis dafür, dass der Verfassungstext für eine derart wichtige und schwierige Materie aufs sorgfältigste ausgearbeitet werden will, ist nicht recht einzusehen, warum die nach der nur halb geglückten Differenzenbereinigung im Ständerat zu Anfang der Session übrig gebliebenen Streitfragen erst im Herbst erledigt werden sollen.

Spectator

DIE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG

Geschichte einer liberalen Institution

Ein bisschen ist die Entwicklung durch die Besonderheiten der westdeutschen Parteien- und Steuergesetzgebung gefördert worden, die Spenden nicht an die Parteien, wohl aber an ihnen nahestehende Bildungseinrichtungen steuerlich abzugsfähig macht: Alle drei im Bundestag vertretenen Parteien verfügen über Institutionen der Erwachsenenbildung in Stiftungsform, die allerdings formal unabhängig sind und in ihren Aufsichtsgremien auch parteiungebundene Persönlichkeiten haben — die Friedrich-Ebert-Stiftung der Sozialdemokratie, die ihre Tradition bis auf das Jahr 1925 zurückführen kann; die Konrad-Adenauer-Akademie der Christlichen Demokraten und die Friedrich-Naumann-Stiftung der Freien Demokraten.

Über die Gründungsgeschichte berichtet ihr erster Geschäftsführer Werner Stephan: Nach der Sezession des Euler-Flügels im Jahre 1956, als der Liberalismus als weltanschauliche Grundlage der FDP endlich allgemein anerkannt war, begann man in Parteischulungskursen die Geschichte der liberalen Ideen und der liberalen Parteien zu lehren. Aber das reichte nicht aus. Das Bedürfnis nach einer Institution wuchs, in der die geistige Substanz des Liberalismus den Erfordernissen des 20. Jahrhunderts gegenübergestellt und geprüft werden konnte. Eine erste Initiative ging von dem Berliner Professor Dr. Hans Reif aus. Stephan trug, von Thomas Dehler ermuntert, den Gedanken dem liberalen Bundespräsidenten Theodor Heuss vor, der den Gedanken einer Erneuerung einer liberalen *Staatsbürgerschule* seines Lehrers Friedrich Naumann bereitwillig aufnahm. Es gab mehrere Besprechungen. Heuss lehnte freilich entschieden den Vorschlag der damaligen Alterspräsidentin des Bundestages, Dr. Marie-Elisabeth Lüders, ab, der Stiftung den Namen des einstigen Reichsaussenministers Gustav Stresemann zu geben, des langjährigen Vorsitzenden der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei. Aus seinen Erinnerungen wissen wir inzwischen von der tiefen Aversion, die der erste Bundespräsident gegenüber Stresemann hegte. Heuss bestand auf Friedrich Naumann als Namenspatron, und dabei blieb es.

Dennoch war es im Grunde genommen eine ungewöhnliche Namensgebung, denn von allen liberalen Urvätern lebt Friedrich Naumanns Gedankengut wohl am wenigsten weiter in der heutigen FDP der Bundesrepublik. Naumann, 1860 in der Nähe von Leipzig geboren und ursprünglich evangelischer Pfarrer, verfolgte mit seinem Nationalsozialen Verein das Ziel, Arbeiterschaft und Kaisertum zu versöhnen. Eine stark soziale, aber auch romantische Komponente war unverkennbar. Zum Liberalismus kam er mehr als Untermieter, denn seiner eigenen Bewegung war kein Erfolg auf politisch-parlamentarischer Ebene beschieden gewesen. Dass er 1919 wenige Monate bis zu seinem frühen Tode Vorsitzender der neugegründeten Demokratischen Partei gewesen war, hat keine tiefen Spuren im deutschen Liberalismus hinterlassen.

Von dauerhafterer Wirkung war der Einzelgänger mit der Gründung seiner «Staatsbürgerschule» am Berliner Kronprinzenufer. Nicht zuletzt heimkehrende Soldaten nahmen an den Kursen zwischen drei Tagen und vier Monaten teil. Nach Naumanns Tod und nach Aufzehrung der gestifteten Gelder mussten dessen Schüler, besonders Ernst Jäckh und Theodor Heuss, die Schule auf eine neue Basis stellen und der staatlichen Subventionen wegen auf parteipolitische und weltanschauliche Neutralität umstellen: die *Deutsche Hochschule für Politik*. Sie bildete, obwohl ihr Dozentenstab schliesslich bis in rechtsradikale Kreise hineinreichte, einen vielversprechenden Ansatz für eine umfassende

politische Erwachsenenbildung. Die Nazis zerstörten das alles. Und die 1949 neugegründete Hochschule für Politik verlagerte unter dem Druck ihrer Studenten ihr Tätigkeitsfeld immer mehr auf die Neubegründung der politischen Wissenschaften in Deutschland. Heute ist sie als Otto-Suhr-Institut Teil der Freien Universität Westberlins und übrigens eines der Zentren studentischer Unruhe.

Wurde auch auf Naumanns ursprüngliche Pläne zurückgegriffen, so musste man doch viel bescheidener anfangen. An ein Haus, an feste Schulräume war vorerst nicht zu denken, ebensowenig wie an einen festen Dozentenstab oder an mehrwöchige Kurse. Am 14. November 1958 tat man den ersten Schritt an die Öffentlichkeit. Zuvor waren der Tübinger Professor und Landtagsabgeordnete Dr. Walter Erbe zum Vorsitzenden und der ehemalige nordrhein-westfälische Kultusminister Professor Dr. Paul Luchtenberg zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes gewählt worden. Theodor Heuss hielt auf jener Festversammlung in der Godesberger Redoute eine Rede über «Friedrich Naumanns Erbe». Im April des folgenden Jahres fand in Bad Kreuznach die erste Arbeitstagung statt, und das richtungsweisende Thema lautete «Die Freiheit in der Massengesellschaft». Solche Arbeitstagungen wurden in der Folge meist vier pro Jahr veranstaltet, dreitägig und an wechselnden Orten. Dazu wurden Experten und Interessierte aus den verschiedensten Lagern eingeladen, dazu stets ein Kontingent junger Menschen. An Hand einführender Referate wurde ausgiebig diskutiert und versucht, zu gewissen Schlüssen zu gelangen, wobei es stets die nie aufdringlich hervorgehobene, doch auch nie verholene Absicht war, die besondere liberale Sicht deutlich zu machen.

Seit 1959 finden auch regelmässig Seminare statt. Hierbei geht es darum, in sechstägigen Kursen einem lernbegierigen Teilnehmerkreis mit den wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen über einen bestimmten Themenkreis vertraut zu machen, der nicht allzu weit gehalten wird. Diese Seminare mit 25 bis 35 Teilnehmern erwiesen sich als die zweite dauerhafte Form neben den Arbeitstagungen mit 60 bis 120 Anwesenden, bei denen die oft sehr ausführliche Presseberichterstattung als zusätzlicher Multiplikator wirkte. Von allen vergleichbaren Institutionen hat die Friedrich-Naumann-Stiftung zweifellos das grösste Echo in der Öffentlichkeit erzielt.

Als zusätzliche Form wurden dreitägige Kurzseminare ausprobiert, mit denen man an Menschen herankommen konnte, die sich beruflich nicht für längere Zeit freimachen konnten. Als ideal wurden sie freilich nicht angesehen, höchstens als Notbehelf. Ausserdem erwies es sich als Problem, den Kreis der Teilnehmer genügend gross zu halten und möglichst solche anzusprechen, die in ihrem Kreise die gewonnenen Erkenntnisse weiterverbreiten konnten, denn frühere Seminarteilnehmer drängten immer wieder in die neuen Kurse. Insgesamt konnten auf diese Weise, durch Umherziehen im Lande und mit stets wechselnden Referenten im Jahr etwa 700 Teilnehmer angesprochen werden, nicht eben viel. Dieses Ziel war 1962 erreicht und nicht mehr zu überbieten. Der Gedanke an eine feste Arbeitsstätte, seit der Gründung der Siftung ständig ventiliert, aber zunächst aus finanziellen Gründen immer wieder verworfen, drängte sich immer stärker auf.

An Angeboten, halbverfallene Burgen als ständigen Sitz auszubauen, mangelte es nicht. Derlei gibt es in Deutschland, zumal in der Rheingegend, in Hülle und Fülle, und ihre Besitzer sind froh, wenn sie die Lasten nicht mehr zu tragen brauchen. Manche Burg wurde so schon in eine sehr romantische, doch oft nicht zweckmässige Tagungsstätte verwandelt. Doch der Vorstand entschied sich für einen Neubau. Eine Grossstadt mit ihren zahlreichen Ablenkungen wollte man nicht zum Sitz machen. Andererseits sollte der ständige Tagungsort auch nicht allzu weit von der Bundeshauptstadt Bonn entfernt sein, denn der dauernde Kontakt mit aktiven Politikern wurde stets als wichtig erachtet. Nicht ohne Grund sind die beiden anderen

Stiftungen, die den anderen Parteien nahestehen, auch im Bonner Raum ansässig. So wurde ein Grundstück in Gummersbach, unweit von Köln ein Stück ins Bergische Land hinein, als Bauplatz auserwählt. Dort wurde ein hochmodernes Gebäude errichtet, genau auf die Bedürfnisse der Stiftung zugeschnitten: eine *Akademie*, die den Namen Theodor Heuss erhielt. Der Alt-Bundespräsident, damals schon von schwerer Krankheit gezeichnet, konnte noch die Entwürfe des Architekten sehen. Die Ausführung des Baus, der finanziell nicht leicht sicherzustellen war, zog sich hin, denn so reichlich die Spenden auch flossen, der Grundstein konnte erst im Juli 1965 gelegt werden. Knapp zwei Jahre später, am 26. Mai 1967, konnte dann die Theodor-Heuss-Akademie als ein geistiges Zentrum des deutschen Liberalismus eröffnet werden. Bundespräsident Lübke erwies seinem Amtsvorgänger die Ehre.

In der Heuss-Akademie veranstaltet die Naumann-Stiftung, die mittlerweile über einen festen Dozentenstab verfügt, nun ihre meisten Tagungen und Seminare. Weiterhin wird wie bisher ein so weitgespannter Themenkatalog behandelt werden, der von den Problemen der Berufsausbildung, des Wahlrechts, dem Generationenproblem bis zur Friedenssicherung und Friedensforschung reicht. Der Leiter der Heuss-Akademie, Horst Dahlhaus, umriss die Aufgabe der Lehrstätte folgendermassen: Die Lehre von Sachverhalten und Ideen im Sinne einer «Bildung zur Politik» steht im Vordergrund. Sie geschieht sowohl durch Vermittlung von Grundkenntnissen besonders an junge Menschen oder an politisch Interessierte als auch durch die Weitergabe von Erkenntnissen an Mitarbeiter von Parteien und Verbänden, Schulen und Verwaltungen, Betrieben und Ministerien. Die Informationen und Gespräche sollen vor allem Hilfen für das politische Handeln geben. Die Lehre soll auf der Grundlage des modernen europäischen Liberalismus stehen, an dessen Standortbestimmung ständig zu arbeiten ist. Dabei ist sich Dahlhaus bewusst, dass die technische Entwicklung als Ergebnis menschlicher Vernunft die Tendenz hat, den Freiheitsraum des Menschen einzuengen, Liberalismus als geistige Kraft also keine Selbstverständlichkeit ist. Auf dieser Basis soll die Heuss-Akademie auch ein Ort der geistigen Auseinandersetzung mit anderen geistigen Kräften sein. Nach Dahlhaus' Ansicht kann sich der Liberalismus in solchen Konfrontationen deshalb besonders bewähren, weil ihm keine ideologischen Schleier den Blick für die Wirklichkeit verhängen. Neben der Lehre soll aber in Zukunft auch verstärkt Forschung betrieben werden, auch durch die Vergabe von Forschungsstipendien.

Neben dieser Tätigkeit hat aber die Auslandsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung eine immer grössere Bedeutung erlangt, zumal die Bundesregierung beträchtliche Zuschüsse für die Teilnahme der drei auf weltanschaulich-politischer Basis ruhenden Institutionen der Erwachsenenbildung an der gesellschaftspolitischen Bildungshilfe für Entwicklungsländer gewährt. Nordafrika und Südamerika sind die Hauptgebiete, in denen die Naumann-Stiftung aktiv ist. Eines der Zentren ist das *Institut Ali Bach-Hamba* in Tunis, das nach einem der Führer der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung benannt ist. Es dient der Weiterbildung mittlerer und gehobener Führungskräfte aus Verwaltung, Wirtschaft und Gewerkschaften, nicht zuletzt auch für Journalisten. Eine eigene Abteilung befasst sich mit der Dokumentation der Wirtschafts- und Sozialentwicklung Nordafrikas. Auch in Marokko, wo vor allem Journalisten gefördert werden, hat die Stiftung neuerdings Fuss gefasst.

In Südamerika, wo Repräsentanten der Stiftung in Peru, Chile und Brasilien (São Paulo) wirken, hat sich die Naumann-Stiftung vor allem das Ziel gesetzt, führende Wirtschaftler und ihre Mitarbeiter mit modernen unternehmens- und sozialpolitischen Fragen zu konfrontieren. Ist es in Nordafrika schwer, den dort weitgehend unbekannten liberalen Gedanken zu verbreiten, so ergibt sich in Südamerika umgekehrt die Aufgabe — dies nun aller-

dings ganz im Sinne Friedrich Naumanns —, einer allzu handfesten, rein wirtschaftlich orientierten Deutung liberaler Gesinnung entgegenzuwirken und dessen soziale Komponente zu betonen.

Ausserdem gibt es in Zusammenarbeit mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft und dem Internationalen Bund der Privatangestellten ein Gewerkschaftsprogramm, das ausser Afrika auch Südostasien einschliesst. In diesen Gebieten die Aufgeschlossenheit für zeitgerechte und moderne Denkmodelle zu fördern, ist eine der Hauptaufgaben der Stiftung, die jetzt unter dem Vorsitz von Professor Luchtenberg steht und deren Geschäfte von Dr. Barthold C. Witte geführt werden. Es ist eine Riesenaufgabe im Vergleich zu der «Staatsbürgerschule» Friedrich Naumanns.

Horst Köpke

«FRIEDENSFORSCHUNG»

Seit ein paar Jahren treten im vielgestaltigen Kreis der sozialwissenschaftlichen Disziplinen in zunehmendem Masse neue Namen in Erscheinung: «Peace Research» oder «Friedensforschung», «Polemologie», «Conflict Resolution» und «Crisis Management» heissen sie. Viele dieser Wörter stehen heute bereits auf den Umschlagseiten wissenschaftlicher Zeitschriften und auf den Tafeln von Universitätsinstituten, insbesondere im angelsächsischen und im skandinavischen Bereich. Denn dank dem angelsächsischen Grundsatz, wonach nicht eine neue Methode, sondern ein neues Erkenntnisobjekt (eine neue «subject matter») die akademische Legitimität einer neuen Disziplin begründen, konnten die mit jenen Begriffen umrissenen Disziplinen bereits auch Anerkennung gewinnen.

Die Vertreter dieser jungen Disziplinen drängen aber energisch auf noch stärkere Berücksichtigung an den Universitäten; sie sind überzeugt, dass der Gründung weiterer Lehrstühle und Institute für Friedensforschung im Rahmen des Ausbaues der Hochschulen unbedingter Vorrang zukommt. Und sie verlangen neuerdings sogar, dass in jedem Land eigens ein ausschliesslich für Fragen der internationalen Friedensplanung zuständiges Ministerium geschaffen werde, und zwar mit einer dem Verteidigungs- oder Kriegsministerium mindestens ebenbürtigen Stellung im Kabinett. Solcher Eifer mag erstaunen und vielleicht auch ein Lächeln hervorrufen. Doch was ist «Friedensforschung» überhaupt?

Eine gute Gelegenheit, um über diese Frage Klarheit zu gewinnen, bot die von der *Friedrich-Naumann-Stiftung* kürzlich in Baden-Baden veranstaltete Arbeitstagung zum Thema «Der geplante Friede». Der Vorsitzende der Stiftung, Professor *Paul Luchtenberg*, hielt dieses Thema für wichtig genug, um es zum Gegenstand der Jubiläumstagung — es war dies die 10. Tagung dieser Art — zu machen. Denn tatsächlich schuldet die Menschheit, wie der Tagungsleiter, Dr. *Bernhard Leverenz*, eingangs betonte, dem Frieden mehr als dem Krieg.

Bedeutung und Ziele der Friedensforschung

Als erster Referent vermittelte Professor *Ernst F. Winter*, Direktor des Instituts für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung, Wien, eine Einordnung der Friedensforschung in den grösseren Rahmen von Gesellschaft und Wissenschaft. Winter erinnerte daran, dass man ursprünglich vom Fortschritt der Technik die allgemeine Befreiung des Menschen erwartet habe. Statt dessen brachte die Technik aber weiter nichts als die Gefahr einer immer weitere Lebensgebiete umfassenden Kollektivierung und Verpolitisierung. Politik ist also nicht einfach überflüssig gewor-

den, sondern sie ist wichtiger denn je. Sie bedarf angesichts der wachsenden Kompliziertheit unserer Industriekultur der engen Zusammenarbeit mit der Wissenschaft.

Das gilt unter allen Erscheinungsformen der Politik insbesondere für die Weltpolitik; auch sie kommt im Zeitalter des nuklearen Gleichgewichts ohne die Unterstützung durch die Wissenschaft nicht mehr aus. Um diesem Bedürfnis zu antworten, hat nun die politische Wissenschaft den Spezialzweig der Friedensforschung hervorgebracht.

Friedensforschung ist, wie *Peter Menke-Glückert*, Leiter der Abteilung «Science Resources» der OECD, feststellte, der Versuch, den Weltfrieden *bewusst* zu gestalten, das heisst die Konflikte, die es immer wieder gibt, in den Griff zu bekommen. Dazu gehöre erstens die systematische Ordnung unseres Wissens über Erscheinungsformen und Regelungen von Konflikten, zweitens das präzise Herausdestillieren von Interessenlagen und drittens die Suche nach einem Mittel zur Stabilisierung der Welt gegen eine kriegerische Katastrophe. Ein Krieg mit modernen Waffen komme in unserer Industriekultur ebensowenig je wieder in Frage wie die natürlichen Mittel der Stabilisierung — Hunger und Seuchen, Fressen und Gefressenwerden.

Visionärer Szientismus?

Eine mit solcher Zielsetzung umschriebene Friedensforschung teilt indessen die altbekannte Problematik aller politischen Wissenschaft: die Frage nämlich, inwiefern die Wissenschaft überhaupt politische Verhaltensmodelle mit normativem Anspruch zu entwickeln und den Politikern anzubieten vermag.

Menke-Glückert baute seine Diagnose und Therapie auf der Behauptung auf, die internationale Ordnungsvorstellung des Gleichgewichts sei deshalb aufzugeben und durch andere Ordnungsvorstellungen zu ersetzen, weil sie lediglich ganz bestimmten Teilinteressen entspreche: Sie stütze in den kommunistischen Staaten die dort an der Macht befindlichen Regimes, indem sie diesen im Hinweis auf die äussere Gefahr einen Grund zu innerer Zwangsherrschaft liefere. Und sie entspreche im Westen den Interessen der kapitalistischen Rüstungsindustrie, die aus dem in jedem Gleichgewichtssystem sich zwangsläufig ergebenden Rüstungswettlauf den grössten Nutzen ziehe. Die Fragwürdigkeit einer solchen Argumentation ist offenkundig: Hier sollen im Namen einer objektiven Wissenschaftlichkeit Vorurteile und Stereotypen abgebaut werden; dabei kommen aber wieder neue Vorurteile zum Zuge — hier offenbar eine Neuauflage des sattsam bekannten Klischees des «kapitalistischen Kriegshetzers».

Die Gefahr eines solchen «visionären Szientismus» sollte im Lauf der Diskussion noch einigemale deutlich werden. Das war beispielsweise dann der Fall, als von einer «gerechten Verteilung des Reichtums unter die Völker» als des besten Mittels für den Abbau von Spannungen zwischen Norden und Süden die Rede war oder als Vertreter linksgerichteter Studentenorganisationen sich bemühten, die Notwendigkeit einer allgemeinen Revolutionierung nachzuweisen, ohne die die «systemimmanenten» und einen Frieden immer wieder nichtig machenden Schwächen des Systems nicht zu überwinden seien.

Friedensforschung als Futurologie

Es war daher wohltuend, dass in Professor *Bert Roeling*, Direktor des Polemologischen Instituts an der Universität Groningen, schliesslich jene Persönlichkeit zu Worte kam, die als eigentlicher Vater dieser neuen Disziplin «Friedensforschung» über eine umfassende Erfahrung und vor allem auch über die hier ganz besonders wichtige intellektuelle Bescheidenheit verfügt. Roeling erblickt die Aufgabe der Friedensforschung in erster Linie in einer Analyse der gegenwärtigen weltpolitischen Situation und im Versuch, die möglichen und wahrscheinlichen Entwicklungen auf

diesem Gebiet vorauszusagen. In praktischer Anwendung dieses Grundsatzes gelangt er zum Schluss, dass es dank des nun erreichten Abschreckungssystems zu keinem nuklearen Krieg mehr kommen werde, es sei denn durch eine zufällige Auslösung. Auch fernerhin entstehen würden dagegen lokale Konflikte im Bereich der Dritten Welt; da die Grossmächte hier aber immer wieder hineingezogen werden und da deshalb die Möglichkeit einer Eskalierung zum Grossmächteduell besteht, bergen auch solche kleinen Konflikte viel gefährlichen weltpolitischen Zündstoff in sich.

Auf Grund solcher Analysen und Prognosen vermag die Friedensforschung dann allerdings in durchaus legitimer Weise auch festzustellen, an welchen Punkten der Politiker mit seinen therapeutischen oder vorbeugenden Massnahmen einzusetzen hätte. Roeling nannte zwei solche Ansatzpunkte: Der erste ergibt sich aus den Waffen selbst, deren Vermehrung und Proliferation das Risiko eines ungewollten, durch einen Zufall ausgelösten nuklearen Kriegs erhöhen; hier liegt das Arbeitsgebiet der Abrüstung und der Rüstungskontrolle. Als zweites gilt es sodann nach Massnahmen zu suchen, die die Ursachen lokaler Konflikte in unterentwickelten Gebieten beseitigen können.

Realpolitik oder Utopie?

Roeling betont, dass die Vorschläge von seiten der Friedensforschung mit den vielen im Lauf der Jahrhunderte ausgearbeiteten utopischen Friedensplänen nichts gemeinsam haben; diese seien immer pro domo, das heisst als Sicherung der Interessen einer bestimmten Gruppe — einer Nation, einer Partei, einer Klasse —, entworfen worden. Die Friedensforschung aber orientiere sich an globalen Massstäben.

Allerdings zeigt die Diskussion um konkrete Massnahmen immer wieder, dass die Regierungen, von deren Handeln ja letztlich alles abhängt, den Forderungen der Friedensforscher nach Orientierung am weltpolitischen System als Ganzem gerade so weit entgegenkommen, als sich damit das nationale Interesse verfolgen lässt, oder allenfalls noch so weit, als sie dem nationalen Interesse nicht entgegenlaufen. Sie übten ja Verrat, handelten sie anders. Soweit die Friedensforschung dazu neigt, an dieser Tatsache vorbeizusehen, und soweit sie sich damit begnügt, die Ersetzung der nationalen Loyalitäten durch eine globale zu fordern und nach einem «fundamental neuen Denken» zu rufen, bleibt sie utopisch. Sie brauchte dies freilich keineswegs zu sein.

Daniel Frei

Tant que la paix ne reposera que sur le h a z a r d ce ne sera pas la p a i x

Metternich